# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Briefträger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 3gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geriet. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 94. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Donnerstag, 23. April 1925


# Wir kennen, lieben und wählen Hindenburg!

## Was bedeutet die Präsidentenwahl?

Von besonderer Seite wird uns zu der bevorstehenden Präsidentenwahl geschrieben:

Es ist beinahe so, als ob alle, auch die breitesten Erläuterungen über die tatsächliche Wirksamkeit eines deutschen Reichspräsidenten in den Wind gesprochen worden sind, völlig nutzlos bleiben. In täglich anschwellendem Maße, je heftiger der Wahlkampf wird, desto mehr nimmt er den Charakter der bei andern Wahlauseinandersetzungen gewohnten parteimäßigen Auseinandersetzung und Bekämpfung an, macht man die Kandidaten in immer schrofferer Form ungefähr für alles verantwortlich, was an politischen Problemen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft durchzieht. Verlangt von ihnen aber auch Stellungnahme, fordert von ihnen, ihre Ansichten zu äußern über diese Probleme, die doch auch — der neue Reichspräsident gar nicht zur Lösung bringen kann. Statt sich an das zu halten, was das Entscheidende ist, nämlich an die Persönlichkeit, den Charakter, die Wesensart des Kandidaten, die aus seinem Tun spricht, verlangt man seine Entscheidung über Dinge, die er nicht entscheiden kann.

Vor kurzem wurde der deutsche Reichskanzler Dr. Luther gleichsam befragt, warum er sich nicht gegen eine bestimmte Kandidatur gewandt habe, weil durch sie angeblich die außenpolitische Stellung Deutschlands gefährdet werde. Diese Fragen fanden sogar ein Echo im Reichstag. Dr. Luther wies es von sich, sein Amt für oder gegen einen der Kandidaten in die Wageschale zu werfen. Es würde die Stellung der Regierung zu dem neugewählten Reichspräsidenten ganz unhaltbar machen, wenn sich das Kabinett etwa vorher gegen ihn eingesetzt hätte. Das hat freilich nichts damit zu tun — unsere Staatsform läßt das ohne weiteres zu —, daß nun etwa einzelne Mitglieder der Regierung sich als Parteiführer, die sie gleichzeitig sind, öffentlich für einen der Kandidaten propagandistisch betätigen.

Gerade weil die lebenden Kräfte im Staate sich nicht in die Verfassung restlos einschnüren lassen, weil die Entwicklung nie stillsteht, ist bei der Stellung des Präsidenten eben die Person entscheidend, viel entscheidender als seine politischen Ansichten und Absichten. Denn er mag zu den politischen Aufgaben der Gegenwart und Zukunft stehen wie er will, — er regiert nicht. Auch für ihn gilt das Wort, das einst der französische Staatsmann Thiers über den Bürgerkönig Louis Philipp schrieb: Der König herrscht, aber er regiert nicht. Deswegen sind alle die Vorwürfe, die von hüben nach drüben und von drüben nach hüben hinsichtlich der weiteren politischen Entwicklung in Deutschland gerichtet werden, eigentlich nicht am Platze, weil die politische Entwicklung nicht überwiegend vom Reichspräsidenten abhängt. Immer und immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß er verfassungsmäßig weder einen Beamten ernennen, eine Verordnung herausgeben noch sonst irgendeine Verfügung treffen kann, wenn er nicht dafür die Gegenzeichnung eines Ministers vorweisen kann. Er besitzt verfassungsmäßig nicht einmal die Rechte des amerikanischen Präsidenten, kann nicht die Initiative für irgendeinen Gesetzentwurf ergreifen, — alles dies ist Aufgabe der Regierung. Die politische Haltung Deutschlands in der kommenden Zeit, namentlich gegen das Ausland, ist rechtmäßig nicht vom Präsidenten abhängig. Nicht umsonst nennt man ihn den höchsten Repräsentanten des deutschen Volkes. Und es trifft keineswegs den Kern der Dinge, wenn man ihm wegen seines ausgedehnten Rechtes zum Erlaß von Verordnungen auf Grund des Art. 48 der Verfassung nun etwa sehr weitgehende Exekutivrechte zuschreiben will. Diese Rechte hat tatsächlich der Reichskanzler, allerdings nur dann, wenn der Reichspräsident mit ihm politisch übereinstimmt. Ist das nicht der Fall, so hat der Reichspräsident allerdings einen, man möchte sagen, verhütenden Einfluß von praktisch nicht unerheblicher Auswirkung.

So läßt sich das ganze Verhältnis der Reichsregierung zum Reichspräsidenten überhaupt nicht in bestimmte, starre Formen fassen. Die absolute Trennung der Gewalten wie in Amerika besitzen wir nicht. Wohl aber haben wir ein Beispiel, wie eine starke Persönlichkeit praktisch die verfassungsmäßigen Beschränkungen sprengen kann: das ist die Erinnerung an König Eduard VII. von England, der sich formell völlig in diesen Grenzen hielt, aber tatsächlich einen Einfluß ausübte auf die Geschicke seines Landes, wie selten einer seiner Vorfahren, ganz im Gegensatz zu seiner Vorgängerin auf dem englischen Throne, der Königin Viktoria von England.

Das alles hätte man sich allerdings zweckmäßigerweise vor dem Wahlkampf überlegen sollen; man hätte dann die völlig falsche Fragestellung vermieden, in die wir schon vor dem ersten Wahlgang trieben, und vor der leider viel zu wenig gewarnt worden ist. Noch schlefer berührt diese Fragestellung aber beim zweiten Wahlgang, wo sich zwei derartig ausgeprägte Persönlichkeiten wie Hindenburg und Marx gegenüberstehen. Dabei hat das Volk, das am 26. April zur Entscheidung berufen ist, unzweifelhaft eine feine Empfindung dafür, daß die Entscheidung sich um die Persönlichkeiten dreht, daß das Parteimäßige in überflüssiger Form viel zu sehr in den Vordergrund geschoben wird. Beide Kandidaten sind doch für ihre Anhänger, und sollen es sein, ein Symbol, das in seiner Bedeutung erfaßt werden muß.

## Hindenburg und Hergt an die Wähler.

### Hindenburg als Symbol.

Hannover, 21. April. Der Reichsblock, Ortsgruppe Hannover, veranstaltete am Dienstagabend eine große Kundgebung für die Kandidatur Hindenburgs, zu der der Generalfeldmarschall persönlich erschienen war. Der riesige Kuppelsaal der Stadthalle war bis auf den letzten Platz gefüllt. Tausende mußten vor geschlossenen Türen wieder umkehren. Zahlreiche Abordnungen vaterländischer Verbände boten mit ihrem Wald von Fahnen ein farbenprächtiges Bild. Nach der Begrüßungsansprache nahm als Hauptredner des Abends der deutschnationale Reichstagsabgeordnete

Exzellenz Hergt

das Wort. Er führte aus:

Wir kennen Hindenburg, wir lieben ihn, und weil wir ihn lieben, deshalb wählen wir ihn. Feiertagsstimmung, nicht Wahlkampfstimmung sei unsere Losung.

Wir wollen nicht, wie die anderen, mit vergifteten Waffen kämpfen. Wir haben das Bewußtsein, daß wir jetzt zum ersten Male wieder eine große Volkseinheit hergestellt haben, wie vor zwei Jahren, als der Ruhrwiderstand begann. Wir wollen nichts von Festlegungen durch Programme wissen. Unser Reichspräsident steht turmhoch über allen Programmen.

Der Redner ging dann mit den Versprechungen des Gegenkandidaten Marx scharf ins Gericht. Hindenburg ist sein eigenes Programm selbst. Nicht er hat die Politik zu verrichten. Er soll der oberste Regulator sein, der getreue Eckehard, der eingreift, wenn Not am Mann ist. Das sind die Aufgaben des Reichspräsidenten.

Der rechte Geist, nicht das Programm tuts.

Auf der anderen Seite haben wir den Geist der Revolution, der uns sieben Jahre lang beherrscht, sieben Jahre lang bedrückt hat. Sieben Jahre waren wir der Verachtung des Feindes preisgegeben. Unser Bismarck hat gesagt: Wir können die Achtung von allen Menschen entbehren, nur die eigene nicht. Das hat auch unser Hindenburg auf seine Fahne geschrieben.

Kann Marx uns ein Symbol sein wie Bismarck, wie der alte Fritz?

Die Treue wird Hindenburg dem deutschen Volke gegenüber halten. Hindenburg weiß, daß ohne die Arbeiterschaft niemals ein einiges Volk mit Erfolg regiert werden kann. Er ist uns das Symbol des inneren Friedens und des Ausgleichs der Gegensätze auf allen Gebieten. Ueber allem steht bei ihm die ganz hervorragende Persönlichkeit. Diese große Persönlichkeit ist es, die unsere Gegner veranlaßt, ihn zu verunglimpfen. Angst vor seinem Namen, vor seinem Bilde. Das Vertrauen unseres Volkes wird Hindenburg zum Siege führen. Einmal muß es, schloß der Redner, Frühling werden im deutschen Land.

Nachdem dann noch die Vertreter der vaterländischen Verbände und Organisationen Treue-Erklärungen für den Generalfeldmarschall abgegeben hatten, ergriff

Hindenburg,

von stürmisch brausendem Jubel aller Anwesenden begrüßt, selbst das Wort. Der Wahlkampf, führte er aus, naht sich seinem Ende. Da ist es mir ein Bedürfnis, allen meinen herzlichsten Dank auszusprechen für die Liebe und das Vertrauen, das Sie mir in diesen Tagen dargelegt haben. Sollte ich gewählt werden, so werde ich, wie vielleicht schon manches Mal in meinem Leben, wiederum meine Pflicht tun, aber auch, wenn ich nicht gewählt werden sollte, so bitte ich, mit mir vereint weiter dahin wirken zu wollen, daß die deutsche Einigkeit, das deutsche Recht und die deutsche Freiheit bei uns wieder heimisch werden. So fordere ich Sie denn abermals auf, diese Ziele zu bekräftigen mit dem gemeinsamen Rufe: Unser teures deutsches Vaterland Hurra! Den kurzen Darlegungen des Generalfeldmarschalls folgte abermals brausender Beifall.

## Dr. Höfles plötzlicher Tod.

Obduktion der Leiche.

Die Leiche des am Montag plötzlich verschiedenen ehemaligen Reichspostministers Dr. Höfle ist am Dienstag nachmittag auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft von den Gerichtsärzten obduziert worden.

Auf Antrag des Verteidigers Dr. Alsberg ist Höfles Hausarzt Dr. Staudacher zugezogen worden. Zweck der Obduktion ist, festzustellen, ob Dr. Höfle eines natürlichen Todes gestorben ist oder ob sich Gerüchte, daß Dr. Höfle Selbstmord begangen haben soll, bestätigen. Dr. Höfle soll, wie vereinzelt behauptet wird, kleine Dosen Veronal, die ihm in der letzten Zeit zur Bekämpfung seiner Schlaflosigkeit verabfolgt worden sind, gesammelt haben, um dann im geeigneten Augenblick durch die Einnahme einer starken Dosis seinen Tod herbeizuführen.

Der plötzliche Tod Dr. Höfles hat in den ihm nahestehenden Kreisen großes Aufsehen erregt. Oberstaatsanwalt Linde ist heute vormittag zum Justizminister beordert worden, um über die Frage der abgelehnten Haftentlassung Dr. Höfles, der ja schon seit längerer Zeit schwer krank war, Bericht zu erstatten. Es soll eine strenge Untersuchung seitens des Justizministeriums erfolgen, um festzustellen, ob von den in Frage kommenden Gerichtsstellen im Falle Höfle Fehler gemacht worden sind. Insbesondere wird die Frage geprüft werden, wie es möglich war, daß man einen so schwerkranken Mann bis zum letzten Atemzuge in Haft behalten konnte.

Dr. Höfle, an dessen Krankenlager während der letzten Stunde seine Gattin weilte, der man wiederholt den Zutritt zu ihrem in Untersuchungshaft befindlichen kranken Gatten verweigert haben soll, starb, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Die Beisetzung soll, falls die Leiche von der Staatsanwaltschaft inzwischen freigegeben wird, am Freitag erfolgen.

## Die Wirren in Bulgarien.

Verhaftung bulgarischer Studenten in Berlin.

Entgegen den von der bulgarischen Regierung veröffentlichten Nachrichten besagen Meldungen Pariser Blätter, daß die Sofioter Regierung noch nicht wieder Herr der Lage ist.

Überall im Lande ist es zu heftigen Zusammenstößen gekommen, bei denen rund 4000 Personen ums Leben kamen.

Die Polizei arbeitet fieberhaft weiter an der Aufklärung des Bombenattentats. Sie hat festgestellt, daß der Zweck des Attentats die Ermordung des Königs und aller Minister gewesen sein soll. Bei der dann ausbrechenden Anarchie sollte das kommunistische Bulgarien proklamiert werden.

Jankow, das Haupt der kommunistischen Verschwörung in Bulgarien sowie der an dem Attentat in hervorragender Weise beteiligte Minkow, der die Höllenmaschine in der Kathedrale untergebracht hatte, sind von der Polizei erschossen worden, da sie ihrer Verhaftung Widerstand entgegensetzten.

Das Attentat von Sofia scheint auch nach Deutschland hinüberzuspielen. In Berlin hat die politische Polizei zahlreiche bulgarische Studenten und Studentinnen verhaftet, die Mitglieder eines revolutionären kommunistischen Klubs sind.

Es besteht der Verdacht, daß der Klub auch mit deutschen Kommunisten enge Verbindung hat. Die Ermittelungen der politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidums werden fortgesetzt, da damit gerechnet wird, daß noch weitere Angehörige des kommunistischen Klubs auf freiem Fuß in Berlin weilen und ein mittelbarer Zusammenhang mit dem Sofioter Unglück nicht ausgeschlossen erscheint. Der bulgarische Gesandte ist im Auswärtigen Amt über das bisherige Ergebnis der Untersuchung und über das beschlagnahmte Material unterrichtet worden.

•

### Revolutionäre Gegenregierung in Bulgarien.

Bukarest, 21. April. Nachrichten aus Bulgarien zufolge hat sich eine Gegenregierung in Varna konstituiert. Ministerpräsident dieser Regierung ist der Abgeordnete der Bauernpartei Ruostow. Diese Regierung hat durch Verteilung von Flugzetteln in Sofia und allen großen Provinzstädten die Konstituierung bekanntgegeben. Im Manifest wird der Kampf


SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF